

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 2

60. Jahrgang

April/Mai/Juni 2020

›Corona‹ und kein Ende!

Auf Grund der noch bestehenden Abstandsregeln müssen wir den Kongreß erneut verschieben, voraussichtlich – als frühestmöglichen Zeitpunkt – auf die 2. Septemberhälfte!

Das Hotel in Mitteldeutschland ist gebucht!
Der endgültige Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Thema: 30 Jahre deutsche Einheit

Im Jahre 2020 wird die GFP 60 Jahre alt.

Nach 60jährigem Bestehen und mit Hunderten von Mitgliedern in vielen Ländern der Erde kann die GFP auf eine vielfältige Tätigkeit zurückblicken.

Die GFP hat sich insbesondere die folgenden Aufgaben gestellt:

1. wahrheitswidrige Medienaussagen prüfen zu lassen und mit Leserbriefen und Gegendarstellungen zu korrigieren sowie als strafbar bezeichnete Handlungen auf dem Mediengebiet juristisch prüfen zu lassen,
2. Stellungnahmen zu wichtigen Geschehnissen der Vergangenheit und der Gegenwart in den Medien anzustreben,
3. das Geschichtsbewußtsein in regionalen und überregionalen Vortragsveranstaltungen zu stärken,
4. politische Organisationen mit gleichen Zielen zu unterstützen und zu fördern.

**Die GFP braucht dazu die Unterstützung aller,
die sich dieser Aufgabe verbunden fühlen.**



Foto: dpa

Andreas Kalbitz, bis Mitte Mai Brandenburger Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD. Am 15. Mai 2020 hat der Bundesvorstand der AfD mit sieben gegen fünf Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, Kalbitz die Mitgliedschaft zu entziehen. Dabei ging es vordergründig um die Frage, ob Kalbitz beim Eintritt in die AfD im Jahr 2013 seine politische Vergangenheit in einer rechtsextremen Partei (»Die Republikaner«) und der 2008 verbotenen Organisation »Heimattreue Deutschen Jugend« verschwiegen habe. Kalbitz, der letztere Mitgliedschaft bestreitet, hat das parteiinterne Bundesschiedsgericht angerufen und Zivilklage beim Landgericht Berlin eingereicht. Nach Informationen der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* ist Kalbitz' Aufnahmeantrag von 2013 verschollen. . . Nach dem Rauswurf Kalbitz' erklärte der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke auf Facebook: »Wer die Argumente von Parteigegnern aufgreift und gegen Parteifreunde wendet, der begeht Verrat an der Partei.« Die »Spaltung und Zerstörung unserer Partei« werde er nicht zulassen.

Wohin treibt die AfD?

Für viele Patrioten und heimatverbundene Bürgerliche war die Gründung der AfD im Jahre 2013 ein Hoffnungsschimmer im bundesrepublikanischen Parteienspektrum. Mit dem wirtschaftsliberalen Hochschullehrer Bernd Lucke stand anfangs ein Mann an der Spitze dieser Partei, der in erster Linie den EU-Kurs der Merkel-Regierung bekämpfte und den Ausverkauf der noch bestehenden Souveränitätsrechte der BRD an Brüssel verhindern wollte. Einem Rechtsruck in gesellschaftspolitischen Fragen stand er skeptisch gegenüber, den sozialpolitischen Kurs der Nationalen um Björn Höcke bekämpfte er als Liberalkonservativer. Nach seiner Niederlage gegen die resolute Swingerlady Frauke Petry, die als »Ossifrau« eine gemäßigte sozialpatriotische Linie verfolgte, gründete Lucke eine eigene Partei und zog sich nach fünf Jahren im EU-Parlament auf Grund von Erfolglosigkeit aus der hohen Politik zurück.

Petry erging es nicht besser. Ihr Versuch, den im Osten der Republik stark verankerten völkischen Flügel der AfD zu stützen, mißlang. Auch ihre Parteineugründung endete in einem Desaster. Wer nun dachte, daß die Partei mit dem Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen in ein ruhigeres Gewässer gerät, sah sich getäuscht. Der EU-Abgeordnete entwickelte sich in den vergangenen Monaten zum Spalter und Sprengmeister der Partei. Er scheint vom Wahn getrieben zu sein, die AfD als rechtsliberale Kraft koalitionsfähig für die Union zu machen. Und dabei müssen die sozialpatriotischen Kräfte um Björn Höcke und Andreas Kalbitz von der Partei abgekoppelt werden.

Ein erster Versuch mißlang, als Meuthen allen Ernstes eine Teilung der Partei ins Spiel brachte – so nach dem alten Grundsatz: Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen! Doch nach scharfer Kritik auch von gemäßigten Parteifreunden zog er zurück und behauptete feige, es sei nur ein Gedankenspiel gewesen. Der zweite Versuch klappte – zumindest vorläufig. Dank von Informationen des Verfassungsschutzes (dieser stufte am 15. Juni die AfD Brandenburg als Beobachtungsfall ein) geriet Brandenburgs Landeschef Andreas Kalbitz ins Visier des Parteivorstandes. Im Eilverfahren quasi wurde er wegen Extremismus aus der Partei ausgeschlossen. Er habe vermeintliche

rechtsextreme Mitgliedschaften verheimlicht. Vor Gericht dürften diese Vorwürfe wohl nicht halten.

Der jüngste Fall von Einknicken gegenüber dem Mainstream war die Entfernung des promovierten Historikers Erik Lehnert aus dem Vorstand der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, die von der ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach geführt wird. Aus Angst, die Stiftung werde im kommenden Jahr keine staatlichen Zuschüsse erhalten, wenn der Leiter des vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuften Instituts für Staatspolitik (IfS), Erik Lehnert, weiterhin im Vorstand der Stiftung verbleibe, feuerte man ihn. Wenn man auf Dauer nach der Pfeife des von den Regierenden gesteuerten Inlandsgeheimdienstes tanzt, der, falls erforderlich, auch die gesamte Partei AfD als rechtsextrem einstufen kann, dann macht man sich zum Spielball der Mächtigen.

Die Meuthenschen Manöver bewirkten bereits, daß die Rechtsparterie in Umfragen unter die Zehn-Prozent-Grenze rutschte. Wenn sie in Zeiten von Corona-Wahn und Rassistismus-Irrsinn nicht deutlich Flagge zeigt und das Überleben des deutschen Volkes in einer von Einwanderungstsunami und Klimahysterie geprägten Zeit nicht als Causa prima behandelt, dann droht der AfD langfristig ein ähnliches Schicksal wie den Republikanern. ■

FPÖ zittert vor Wien-Wahl im Herbst

Seit gut einem Jahr befindet sich die FPÖ in der Krise. Nachdem Mitte Mai 2019 das sog. »Ibiza-Video« aufgetaucht war, in dem Parteichef Heinz-Christian Strache, mittlerweile Vizekanzler, und der Fraktionschef im Nationalrat, Johann Gudenus, eine lose Zunge zeigten, ließ Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) die Koalition platzen. Es folgte bis Ende 2019 ein sog. »Expertenkabinett« aus großteils parteilosen Ministern. Dank des großen Wahlerfolgs der ÖVP kehrte zu Beginn dieses Jahres Kurz wieder an die Regierungsspitze zurück, wobei er diesmal eine Koalition mit den Grünen einging. Die Freiheitlichen verloren bei den Wahlen im Herbst 2019 fast zehn Prozent und landeten bei mageren 16,2 %. Der frühere Verkehrsminister Norbert Hofer übernahm die Führung der FPÖ und ist darüber hinaus Dritter Präsident des Nationalrates.



Foto: IfS

Erik Lehnert (Jahrgang 1975) war im September 2019 als Schriftführer in den Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung gewählt worden. Ebenso das von ihm geleitete Institut für Staatspolitik (IfS) des Antaios-Verlegers Götz Kubitschek faßte er die Stiftung als gewichtige Plattform für den intellektuellen Austausch im Umfeld der AfD auf. Gründe für die Abberufung (27 Mitglieder sprachen sich für die Abberufung, 21 dagegen, bei fünf Enthaltungen) nach so kurzer Zeit wurden in einer Mitteilung an die Mitglieder des Trägervereins nicht genannt! Die Entscheidung begründete Erika Steinbach gegenüber der linken Zeitung *taz* mit den Worten: »Die führende Funktion von Herrn Dr. Lehnert als Vorsitzender des IfS verträgt sich aufgrund der Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das IfS wegen extremistischer Tendenzen als Verdachtsfall einzustufen und damit permanent zu beobachten, nicht mit der Satzung unserer Stiftung und damit seiner Mitgliedschaft in unserem Vorstand.«

Unter seiner Obmannschaft tritt die FPÖ als Leisetreterpartei auf, allzu rechte Ausritte von Parteimitgliedern, etwa im Internet, werden vielfach mit Parteiaus-schluß beantwortet. Beim politischen Aschermittwoch in Ried im Innkreis an der niederbayerischen Grenze hatte man erstmals seit Jahrzehnten große Mühe, die Jahnhalle zu füllen, weil die meisten Freiheitlichen auf einen Auftritt des eloquenten Ex-Innenministers Herbert Kickl hofften. Statt dessen säuselte Hofer am Rednerpult und verzichtete auf Pointen. Es folgte mitleidiges Lächeln statt frenetischem Beifall. Nach dem Absturz der Freiheitlichen bei der steirischen Landtagswahl im vergangenen Herbst wurden schon Stimmen laut, die eine Ablösung Hofers als Parteichef verlangten. Dazu kommt jetzt die Angst vor einem Totalabsturz der FPÖ bei den Landtagswahlen in Wien im kommenden Herbst.

Denn da Ex-FPÖ-Chef Strache mit einer eigenen Partei, dem Team Strache, in der Bundeshauptstadt ins Rennen gehen wird, droht den erfolgsverwöhnten Wiener Blauen ein Desaster. Nach gut 30 % bei der letzten Landtagswahl vor fünf Jahren steht die FPÖ in der Donaumetropole in Umfragen nur noch bei knapp zehn Prozent, wobei Straches Liste mit etwa fünf Prozent oder mehr ebenfalls den Einzug ins Wiener Rathaus schaffen dürfte. Trotz aller Anwürfe handelt es sich bei HC Strache, der immerhin 14 Jahre die FPÖ führte, um eine charismatische Figur, während die FPÖ mit Vizebürgermeister Dominik Nepp einen eher unbeholfen agierenden, blassen und weithin unbekanntem Frontmann präsentiert. Das Abrutschen der Blauen von Rang 2 auf Platz 4 dürfte zu starken Erschütterungen in der Partei führen.

Der Ruf nach einem kernig auftretenden, polarisierenden Oppositionspolitiker à la Kickl dürfte unüberhörbar werden. Der gesundheitlich angeschlagene Hofer wird sich dann wohl von der Parteispitze zurückziehen. Dieser hatte zu Beginn der Corona-Krise noch pseudostaatsmännlich die Arbeit der Bundesregierung gelobt, um dann erst später Kritik an den restriktiven Maßnahmen zu üben, da viele Bürger, vor allem Gewerbetreibende, großen Unmut wegen des sog. ›Lockdown‹ zeigten. In der Opposition blieb die FPÖ bislang eher blaß – genauso wie die schwächelnde SPÖ. Die Blauen hoffen nun, daß im Zuge der zu erwartenden starken Wirtschaftskrise mit Pleiten und Arbeitslosigkeit der Unmut über die schwarz-grüne Regierung größer wird. Doch ohne ein Alternativkonzept wird es schwer, eine Wählerrückholaktion erfolgreich durchzuführen. ■



Strache will bei der Landtagswahl in Wien Anfang Oktober mit einer neuen Partei (dem ›Team HC Strache, Allianz für Österreich‹) gegen seine ehemalige FPÖ anzutreten. Foto: M. Spitzhauer

Corona macht's möglich

Strohfeuer für die Finanzwirtschaft mit dem Geld der Fleißigen und Armen

Die Corona-Pandemie ist schon jetzt ein Teil der Weltgeschichte. Die Geschichtsbücher werden uns zukünftig viel über heute noch Unbekanntes berichten. Derzeit sind wir voll dabei und können noch gar nicht richtig nachdenken. Zu viel stürzt auf uns ein. Die Pandemie wirkt gegenwärtig weltweit wie eine Vollnotbremse auf die Zivilisation und das gesamte gesellschaftliche Leben. Mit den neu-deutschen unschönen Begriffen ›Shutdown‹ (Einstellung des gesellschaftlichen Betriebes) und ›Lockdown‹ (Ausgangssperre wegen Massenquarantäne) signalisiert uns die Exekutive die scheinbare Notwendigkeit im Kampf gegen die Pandemie. Das Infektionsschutzgesetz hat Verfassungsrang.

Der gegenwärtig aktive Coronavirus scheint wirklich etwas mehr zu sein als die jährliche Grippe, und deshalb könnten weltweite Quarantänemaßnahmen zu rechtfertigen sein. Es kann natürlich auch sein, daß die Obrigkeit einen großen Test für die Disziplinierungsmöglichkeiten der Massen durchführt und die Akzeptanz von Diktaturmaßnahmen testet. Auch die Ausweitung der digitalen Kontrolle der Bevölkerung kann forciert werden. Wir wollen aber lieber keine ›Verschwörungsmithen‹ verbreiten.

Doch diese Pandemie kam gerade zurecht, um der neuen Weltwirtschaftskrise einen Namen geben zu können. Man kann doch nicht von einer erneuten Überakkumulationskrise und einer Anleihenkrise des Kapitalismus reden. Man kann doch auch nicht davon reden, daß die Notenbanken weltweit, vor allem aber im Westen, die Wirtschaften und insbesondere die Börsen mit Billionen von Dollar, Euro, Yuan und Yen in einer Konjunktur gehalten haben, die sonst schon weggesackt wäre. Das Glück der Reichen am wachsenden Reichtum wurde mit immer neuen Geldspritzen erdopt, und es stiegen die Aktienwerte, die Immobilienpreise, das Gold und auch die Preise von Oldtimern und Kunst. Alle Anleihen fanden auch mit negativer Verzinsung ihre betuchten Käufer. Man wolle sein Geld sichern. Den Löwenanteil von Staatsanleihen kauften sowieso die Notenbanken selber auf. Sogar teurer Whisky wurde als Geldanlage empfohlen. Die berühmten Tulpenzwiebeln von einst fanden noch nicht wieder den Weg in die Spekulation.

Die andere Seite der Entwicklung exzessiver Geldvermehrung war, daß die Sparbücher, Festgelder oder Tagesgelder nichts mehr abwarfen. Das traf die Unter- und Mittelschichten, bei denen Gelder fürs Spekulieren einfach nicht vorhanden waren oder nicht ausreichten. Mittlerweise werfen auch die Pensionsfonds kaum mehr was ab. Die Pensionäre (in Deutschland 135 Pensionskassen) dieser Sonderversorgungssysteme, die sich nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung des ›Pöbels‹ finden wollten, können sich auch auf sinkende Pensionen einstellen, vielleicht auch auf Totalausfall wie in den angelsächsischen Ländern.

Die deutschen Rentner haben dagegen heute eine Rente in Höhe von 38,7 % des letzten Bruttoarbeitseinkommens. In Italien sind es 79 %, in Spanien 72,3 %, in

Frankreich 60,1 %. Überall geht man eher in Rente als in Deutschland. Das Medianvermögen, d.h. die Personen genau in der Mitte der Bevölkerung, ist in der EU äußerst ungerecht verteilt: Die Deutschen haben 51.400 Euro und sind damit auf dem letzten Platz. Die Reihenfolge: Luxemburg 397.800 Euro, Zypern 266.900, Malta 215.900, Belgien 206.000, Spanien 182.700, Italien 173.500, Frankreich 115.800, Niederlande 103.600. Die Deutschen sind vermögensarm. In Spanien leben 83% in den eigenen vier Wänden, in Griechenland sind es 72%, in Italien 68% und in Frankreich 59%. Nur 44 % der Deutschen leben in den eigenen vier Wänden. Ein Mieter hat durchschnittlich 10 300 Euro auf der hohen Kante. Wer in den letzten Jahren ein Eigenheim gebaut oder eine Eigentumswohnung gekauft hat, wird diese erst in 30 bis 40 Jahren wirklich besitzen. Bis dahin zahlt er ab. Die unteren 50% der deutschen Bevölkerung haben nur 1,4 % des gesamten deutschen Nettovermögens.

Die Regierung behauptet, daß Deutschland ein reiches Land sei. Sicher, die oberen 10% der Deutschen sind reich, aber die Masse der Deutschen ist arm. Seit 3 Jahrzehnten stagnieren die Nettoeinkommen der Arbeitenden. Deutschland hat mit 25 % der Arbeitenden den größten Niedriglohnsektor der entwickelten EU-Staaten. Mit der Corona-Krise werden wieder einige Deutsche reicher, aber die Masse wird ärmer. Sie weiß es nur noch nicht. Denn: Schon Anfang 2019 gab es einen weltweiten Abschwung der Wirtschaften. Finanzwirtschaftlich kundige Propheten wie Weik und Friedrich, Max Otte oder Dirk Müller prognostizierten den größten Crash aller Zeiten und verdienten prächtig an ihren Büchern.

Und auf einmal hatte ›Der Herr‹ ein Einsehen und schickte uns die Coronapandemie. Jetzt konnte die Wirtschaftskrise endlich einen netten Namen bekommen: Corona. Nicht das spätimperialistische Wirtschaftssystem und der neoliberale

Beim Thema Wiederaufbaufonds für die Zeit nach der Coronakrise sind Spanier, Franzosen und vor allem Italiener für eine Unterstützung in Form von Zuschüssen und nicht als Kredite. Das würde zu einer Vergemeinschaftung der Schulde in der



EU führen, was viele in Deutschland und die ›sparsamen Vier‹ (Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande) strikt ablehnen. Für die erhofften Zuschüsse würde der deutsche Steuerzahler größtenteils aufkommen, was zum Medianvermögen innerhalb Europas im Widerspruch steht. (Foto: ›Volksbank‹ in Mailand, dpa)

Umbau der Volkswirtschaften weltweit waren an der Krise schuld, sondern ein Virus. Und jetzt konnten die Politiker erst richtig das machen, was sie die ganze Zeit gemacht haben: Geld drucken und Geld verteilen. Jetzt aber richtig. Wieder wird Geld aus dem Nichts geschöpft und steht als Schulden in den Büchern. »Das Strohfeuer der Konjunkturprogramme brennt lichterloh. Merkel, Scholz und die Investoren an den Finanzmärkten wärmen sich an den Flammen. Die Rechnung für die Steuerzahler kommt, aber per Nachnahme«, schrieb Gabor Steingart am 4.6.2020 im *Morning Briefing*.

Es ist viel Geld, was die Staaten der EU locker machen. Die EZB will bis Juni 2021, zusätzlich zum monatlichen Aufkauf von Anleihen in Höhe von 20 Mrd. Euro, für 1,3 Billionen Euro Anleihen und zukünftig auch Aktien aufkaufen. Die Europäische Kommission will 750.000 Mrd. Euro verteilen, die sie nicht hat. Die Bundesregierung will mit dem »Konjunkturprogramm« in Höhe von 130 Mrd. Euro die Wirtschaft aus der Starre führen. Es soll natürlich keine Konjunktur angeschoben werden, sondern nur der Einbruch der Wirtschaft durch den Stillstand der Wirtschaft und auch von großen Teilen der Zivilisation und Kultur ausgebügelt werden. Doch wenn Geld aus den Panzerbüchsen der Zentralbanken und der regionalen Notenbanken geschossen wird, sucht es sich seinen Weg. Bisher ging das Geld vorwiegend in die Finanzspekulation. Doch als Schulden steht es bei den Verteilern in den Büchern. Da man es nicht oben bei der Finanzspekulation, in den Finanzoasen oder dem »0,1 Prozent« einsammeln kann, muß man es unten eintreiben. Die Schuldenhaftung durch die Bundesrepublik Deutschland war immer sicher. Also sind wir bald wieder dran. Vermutlich nicht dieses Jahr und nicht bis September 2021 wird den Deutschen die Rechnung präsentiert. Dann sind ja Bundestagswahlen. Doch danach kommt das dicke Ende. Man spricht schon von Geldentwertung und sogar Hyperinflation.

Man schaue in die Geschichtsbücher. Die sind zukunftssicher. Am 20.5.2020 schrieb Gabor Steingart im *Morning Briefing*: »Wer wissen möchte, wie warm es ist, schaut aufs Thermometer. Wer wissen möchte, wie schnell das Auto fährt, blickt auf den Tacho. Und wer wissen will, wie es der Weltwirtschaft geht, der nimmt den Goldpreis in Visier.« Der hat gerade nur eine Pause gemacht. Nutzen wir es als Denkpause, über die Hintergründe von Corona nachzudenken. ■ Frank Enberg

Österreich im Corona-Fieber

Im Gegensatz zu den BRD-Bundesländern begannen in Österreich die restriktiven Maßnahmen auf Grund der Corona-Krise früher, nämlich schon am 16. März. Die als »Lockdown« bezeichnete wirtschaftliche Erstarrung des Landes bis hin zu Kontaktverboten im persönlichen Bereich lähmte mehrere Monate die Alpenrepublik und führte zur höchsten Arbeitslosigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei Spitzenwerten von bis zu knapp zwei Millionen Menschen, die in Kurzarbeit (1,3 Mio.) bzw. arbeitslos (ca. 600.000) waren, gab es sogar Erinnerungen an austro-

faschistische Zeiten, als die Erwerbslosenquote ähnlich hoch war. Gab es in den 1930er Jahren noch sog. ›Ausgesteuerte‹, die vom Staat kein Geld bekamen, werden die heutigen Arbeitslosen vom AMS (Arbeitsmarktservice) finanziell versorgt. Offiziell verantwortlich für die restriktiven Maßnahmen wie faktischer Ausgangssperre war der grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschober, der im Volksmund mittlerweile ›Angstschober‹ genannt wird. Jetzt, nach der heißen Phase der Corona-Krise, wird seitens der schwarz-grünen Bundesregierung sogar



Rudolf Anschober: Seine Verordnung war offenbar juristisch fehlerhaft. Faux-Pas? Der österreichische Bundespräsident wurde zusammen mit seiner Frau in der Coronasperrstunde in einem Lokal in Wien von der Polizei erwischt.

bestritten, daß es jemals eine verpflichtende Kontaktsperre gegeben habe. Im März verstieg sich der junge Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) zu der Aussage, bald werde jeder jemanden kennen, der an Covid-19 verstorben sei, und versuchte somit Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten. Die Masse der Österreicher hielt sich brav an alle Bestimmungen, die offensichtlich verschiedene Grundrechte aushebelten. Wer widerspenstig war, etwa ziellos mit dem Motorrad umherfuhr oder den erforderlichen Mindestabstand nicht einhielt, erhielt nicht selten drakonische Strafen von mehreren hundert Euro.

Nun wurde bekannt, daß diese Strafen womöglich anfechtbar sind, weil die betreffende Covid-Verordnung offenbar juristisch fehlerhaft war. Allein in Wien gab es 11.000 diesbezügliche Anzeigen. Im Juni urteilte das Wiener Verwaltungsgericht, daß die Strafe von 500 Euro gegen einen Mann, der rein zum Spaß und ohne Grund einen Freund in dessen Wohnung besucht hatte, aufzuheben sei, »weil entgegen der Rechtsmeinung des Bezirksamtes es nicht einen bestimmten Zweck bedurft hatte, zu dem man die Öffentlichkeit betreten durfte«. Die hohe Politik – Hand in Hand mit den von ihr durch üppige Einschaltungen gefügig gemachten etablierten Medien – hatte jedoch getrommelt, daß man die Wohnung nur verlassen dürfe, um entweder notwendige Einkäufe zu tätigen, den Hund Gassi zu führen oder kranke bzw. bedürftige Verwandte zu besuchen. Die Mächtigen setzten sich selbstherrlich – begleitet von der Sympathie des greisen grünen

Bundespräsidenten – über die in der Bundesverfassung festgelegten Grundrechte hinweg.

Welches Demokratieverständnis Kanzler Kurz hat, zeigt er regelmäßig dadurch, daß er selbst bei führenden Tageszeitungen anruft und sich über die Berichterstattung beschwert. Den Staatsrundfunk *ORF* brachte die Bundesregierung durch zahlreiche bezahlte Audio- und Video-Einschaltungen zur Causa Covid-19 (»Sei schlau, bleib zuhause!«) auf schwarz-grüne Linie. Im Gegensatz zur BRD sind in Österreich die Corona-Maßnahmen Bundessache, so daß die Bundesländer nicht flächendeckend über Verbote bzw. Lockerungen entscheiden können. Mittlerweile verkünden Österreichs Medien, daß 2019/2020 deutlich mehr Personen an Influenza starben als an Covid-19. ■

Hilflose Geopolitik und geopolitische Hilflosigkeit

Gerade überlegt der von den USA immer noch geführte Westen, ob er sich von China umfassend abkoppeln soll. ›Decoupling‹ nennt man das fachmännisch. Mark Siemons schrieb dazu einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* am 24.5.2020 mit dem Titel: »Die Zweiteilung der Welt. Amerikanische Politikstrategen fordern die totale Abkoppelung von China. Präsident Trump ist nicht abgeneigt. Es wäre der Verrat des Westens an sich selbst.« (S. 33)

Warum kommen Strategen des Westens auf eine solche Idee? Aus Stärke oder aus Schwäche? Ist es ein Ausfluß oder das Ende des 1997 gegründeten »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« und des Nachfolgeprojekts »Foreign Policy Initiative« (FPI), gegründet von Bill Kristol, Dan Senor und Robert Kagan. Laut eigener Bekundung hat sich die FPI die Abwehr des politischen Isolationismus und die Fortsetzung des diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Engagements der USA in der Welt sowie robuste Unterstützung demokratischer Alliierten und der Menschenrechte in Unterdrückerregimes ebenso zur Aufgabe gemacht wie die Stärkung sowohl der Streitkräfte der USA für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts als auch der globalen Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft. Robert Kagan, einer der neokonservativen Strategen, meinte im Interview der *FAZ* am 6.11.2012: »Die Vereinigten Staaten besitzen eine außergewöhnliche geographische Lage. Sie sind von allen anderen Großmächten weit entfernt. Für China gilt das nicht. China ist zwar eine wirtschaftliche Supermacht, aber das Land ist eingekreist von Japan, Indien und Russland – sämtlich Großmächte, die sich einer geostrategischen Hegemonie Chinas widersetzen. Wenn die Welt wieder bipolar werden sollte, müßte China ganz Asien beherrschen. Die Vereinigten Staaten haben jedoch ihre Beziehungen zu Indien, Japan, Südkorea, den Asean-Ländern und auch Australien auf deren Wunsch hin intensiviert. Den Chinesen mangelt es einfach an Verbündeten, um den Vereinigten Staaten ihre Stellung im Pazifischen und Indischen Ozean streitig zu machen.«

Nun sind wir fast acht Jahre später, und China hat seine Strategie der Neuen Seidenstraße und der Unterstützung von sogenannten Schwellenländern auf allen Kontinenten fortgesetzt. Warum wohl so konsequent? Ich glaube, der Westen hat China nicht verstanden und ist bis heute dazu nicht in der Lage. Mark Sie-



Die Covid-19 Pandemie begünstigt und beschleunigt offenbar das *Decoupling*. Die ›Chimerica‹, die Anfang des Jahrhunderts hochgepriesene Symbiose der Volkswirtschaften der Volksrepublik China und der Vereinigten Staaten von Amerika, steht auf dem Spiel.

mons ist wohl selbst noch 2020 in diesem zentralen Irrtum des Westens befangen, wenn er schreibt: »Seit seiner ›Politik der Öffnung‹ Ende der siebziger Jahre, spätestens aber seit seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation 2001 pflegt China kein antagonistisches Verhältnis zum Westen mehr, sondern versucht sich mit seiner Art Kapitalismus und Kulturindustrie innerhalb der vom Westen dominierten ›internationalen Gemeinschaft‹ einzupassen und immer stärker zur Geltung zu bringen.«

Das war nie der Fall und ist nur ein Leitirrtum des Westens. Der Westen versteht die von ihm immer bekämpfte kommunistische Bewegung nicht; da helfen ihm auch die aus der trotzkistischen Tradition denkenden Neokonservativen nicht. Diese denken gegenüber Russland und China nur subversiv. Auch die in der Linkspartei der BRD noch wirkenden Absolventen der Parteihochschule der KPdSU haben sich so dem antipatriotischen kosmopolitischen Linksliberalismus eingefügt, daß sie die Politik Chinas nicht historisch einordnen können und vielleicht auch nicht wollen. Man hat sich am gedeckten Tisch des Parlamentarismus eingerichtet. Man gehört nun zum Westen. Man kann nicht mehr marxistisch-leninistisch denken – nicht einmal im Verborgenen. Die chinesische Führung kann es und tut es. Auch die russische Führung tut es, spricht aber nicht mehr darüber.

Die kommunistische Idee ist nicht tot, sie ist nur weiter nach Osten gewandert. Sie hat sich mit Nationalismus verbunden, was bei kommunistischen Strategien nicht unnormale ist. Immer gab es bei den kommunistischen Parteien die Einheit von Patriotismus und Internationalismus. Es galt immer als Verrat an der kommunistischen Bewegung und brachte nicht selten Exkommunikation, Lagerhaft oder gar Hinrichtung ein, wenn man kosmopolitisch wurde oder auch nur dieser Verfehlung bezichtigt wurde.

China wird von einer nationalkommunistischen Partei geführt, die 100 Millionen Mitglieder zählt und selbst Jack Ma, der wohl reichste Mann Chinas ist da Mitglied. Der Westen versteht nicht oder weiß es nicht mehr, daß Lenin mit der »Neuen ökonomischen Politik« ab März 1921 eine Strategie der ursprünglichen Akkumulation entworfen hat, die den Kapitalismus als Vehikel der wirtschaftlichen Entwicklung zum Kommunismus nutzte. Er hat verstanden, daß im Sozialismus noch keine dem Kapitalismus gleichwertigen Triebkräfte der Wirtschaftsentwicklung vorhanden sind. Zum Kommunismus geht es nur mit viel Kapitalismus, der an der langen politischen Leine der KP zu laufen hat. Das hatte Deng Xiaoping verstanden. Er kannte den Westen, wurde er doch als Kind der chinesischen Elite 1920 nach Frankreich als Arbeiterstudent geschickt und stand mit 16 Jahren am Hochofen in Le Creusot, war Arbeiter in einer Papierblumen- und Gummischuhfabrik und später bei Renault. Er erlebte rassistische und kapitalistische Erniedrigungen in Frankreich. Das trieb ihn in die kommunistische Bewegung. Und wir werden im Jahr 2021 damit konfrontiert, daß die Kommunistische Partei Chinas am 23. Juli 2021 ihren 100. Geburtstag feiern wird. Ein riesengroßer Karl Marx steht als Vorbote schon von China gespendet seit 2018 in Trier. Engels ist schon eher aus China zurückgekommen. Er steht als ebenfalls chinesisches Geschenk

Bundeskanzlerin Merkel zu Besuch in China im September 2019. Deutschland ist zwar mit Abstand Chinas größter europäischer Handelspartner, doch die Beziehungen zwischen beiden Ländern gelten zur Zeit als zerrüttet. Eine eigenständige, von den USA unabhängige Politik (also ein *decoupling*) ist gefragt. Foto: dpa.



seit dem 11. Juni 2014 in Wuppertal. Nächstes Jahr werden wir unsere marxistisch geschulte Bundeskanzlerin wohl noch immer haben. Wird sie als bisherige Transatlantikerin der US-amerikanischen Linie der totalen Abkopplung von China folgen oder in Erinnerung an ihre ehemalige Mitgliedschaft in der kommunistischen FDJ eine eigenständige, von den USA unabhängige Politik gegenüber China einschlagen? Auf jeden Fall ist nach Corona und vielleicht auch wieder mit einem erneut gewählten Donald Trump Entscheidungsbedarf für Deutschland.

Es geht um ganz große Entscheidungen. Es wird eine Grundsatzentscheidung auch für Europa. Trump hat Mitte 2018 Russland, die EU und China als »Feinde« bezeichnet. Das ist eine geopolitische Ansage. Die EU und Deutschland müssten eine geopolitische Antwort geben. Sollten sie geopolitisch hilflos sein, dann entscheiden in Europa Russland und China mit interessierten europäischen Partnern.

China hat 6000 Jahre Kultur und mindestens 3000 Jahre Weisheit; der Westen nicht. China hat vom Westen gelernt, und zwar alles, was der Westen konnte. Der Westen hat nicht aus seinen Fehlern gelernt. Gabor Steingart schrieb am 22.5.2020 im *Morning Briefing*: »Die Träger der revolutionären Ideen sind diesmal nicht ahnungslose Bauern, sondern gewiefte Gründer und Geschäftsleute wie Jack Ma von Alibaba, Ren Zhengfei bei Huawei und Ma Huateng von Tencent. Mit 60 Jahren Zeitverzögerung könnte der große Sprung diesmal gelingen. Xi Jinping ist zwar – wie Mao – ein chinesischer Nationalist. Aber er ist ein Nationalist mit Sieben-Meilen-Stiefeln.« Xi Jinping ist studierter Chemieingenieur und marxistischer Philosoph, kein Sozialarbeiter, Rechtsanwalt oder Studienabbrecher. Wenn Deutschland nicht auch patriotisch denken und entscheiden kann und in der Lage ist, den chinesischen Marxismus zu verstehen, sieht es für unsere Zukunft nicht gut aus. Eigentlich müssen wir uns jetzt entscheiden. Aber vielleicht gilt für uns der Spruch Karl Valentins: »Mögen hätt ich schon wollen, aber dürfen habe ich mir nicht getraut.« Gute Nacht! ■ Karl Engels!

Ist es Privatsache, was Polizisten wählen?

Im Juni 2019 hatte der vorpreschende Friedrich Merz, der AfD-Wähler bzw. enttäuschte Konservative für die CDU zurückgewinnen zu können glaubt, in einem



Bei einem Auftritt im Berliner ›Ballhaus‹ im Februar 2020 bezeichnete Friedrich Merz die AfD-Abgeordneten im Bundestag, also gewählte Volksvertreter, indirekt als »Gesindel«, die Partei selbst als »sektiererische Minderheitspartei« (*sic*). Die Union müsse daher eine Debatte darüber führen, warum es nicht gelänge, »die AfD wirklich zurückzudrängen«.

Interview mit der *Bild am Sonntag* eine Debatte losgetreten: »Wir verlieren offenbar Teile der Bundeswehr an die AfD. Wir verlieren Teile der Bundespolizei an die AfD« und berief sich dabei auf Gespräche im persönlichen Umfeld. Merz' Warnung vor einem Abdriften von Polizisten und Soldaten hin zur ›rechtspopulistischen AfD‹ konnte jedoch durch keinerlei verlässliche Untersuchungen untermauert werden konnte. Bundesinnenminister Horst Seehofer und die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kritisierten Merz für seine Äußerungen. Die Aussage sei »schon vom Ansatz her falsch«, meinte Seehofer gegenüber der *Bild-Zeitung*. Merz sollte die Bundespolizei »nicht als Trittbrett für seine politische Karriereplanung mißbrauchen«. Von der Leyen sagte der *Bild*, Polizisten und Soldaten verdienten mehr Wertschätzung und »keine Mutmaßungen, wo sie ihr Kreuz machen«.

Nun hat **Stefanie Hinz**, seit Januar Landespolizeipräsidentin Baden-Württembergs und Chefin von 33.000 Mitarbeitern, darunter 24.500 Vollzugsbeamten, meinte Mitte Mai gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: »Was Polizisten wählen, ist grundsätzlich deren Privatsache. Das muß zunächst jeder für sich entscheiden. Das eine ist, was ich als Privatmensch tue, das andere, was ich als Polizist im Dienst tue. Da wiederum sind wir alle als Beamte der Landesverfassung verpflichtet, den Menschen, die in diesem Land leben – und der inneren Sicherheit und Ordnung.«

Extremistische Tendenzen, betonte sie jedoch, hätten bei der Polizei überhaupt keinen Platz: »Da wird bei uns rigoros durchgegriffen – mit disziplinarischen Maßnahmen, aber auch mit strafrechtlichen Schritten.« Als Beispiel nannte sie eine »Chatgruppe«, in der Polizeischüler der Hochschule in Lahr (Orten-

aukreis) rechte Inhalte in einer geschlossenen WhatsApp-Gruppe ausgetauscht haben sollen. Die Staatsanwaltschaft Offenburg hatte daraufhin gegen die sieben vom Dienst suspendierten Schüler ermittelt. Es sei um den Verdacht des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegangen. Da den Schülern kein strafbares Verhalten nachgewiesen werden konnte, wurden die Ermittlungen Anfang März 2020 eingestellt: Den Schülern konnte nämlich *keinerlei* strafbares Verhalten nachgewiesen werden. *Dessen ungeachtet* mußten sie jedoch den Polizeidienst verlassen! Einer der Schüler hat aber Widerspruch gegen seine Entlassung eingelegt. ■

Juristische Ohrfeige für Seehofer

Im September 2018 hatte Bundesinnenminister Seehofer der Deutschen Presse-Agentur ein Interview gegeben. Unmittelbar davor hatte die AfD-Fraktion versucht, im Bundestag den Haushalt des Bundespräsidenten diskutieren zu lassen. Ihr Vorwurf: Frank-Walter Steinmeier habe »für eine linksradikale Großveranstaltung« geworben, indem er ein Konzert gegen Rassismus der zeitweilig vom Verfassungsschutz beobachteten Linkspunkband ›Feine Sahne Fischfilet‹ unterstützt hatte.

Horst Seehofer kommentierte das in dem Interview mit den Worten: »Das ist für unseren Staat hochgefährlich.« Man könne nicht »wie auf dem Jahrmarkt den Bundespräsidenten abkanzeln. . . Das ist staatszersetzend.« Außerdem behauptete er: »Die stellen sich gegen diesen Staat. Da können sie tausendmal sagen, sie sind Demokraten.«

Nach der Veröffentlichung hatte Seehofer den diffamierenden dpa-Text zu den anderen Medienberichten mehrere Wochen lang auf der Ministeriums-Webseite veröffentlicht – das war eindeutig eine Steilvorlage für die AfD, die vor dem Verfassungsgericht klagte. Damals hatte der seinerzeitige AfD-Fraktionschef Alexander Gauland gemeint, Seehofer habe sich eben nicht im Bierzelt einen Ausrutscher geleistet. »Wenn ich auf der Internetseite eines Ministeriums etwas veröffentliche, dann sieht es so aus, als ob es die staatliche Amtsautorität ist und daß die Beschimpfung der AfD dann sozusagen schon Teil des Staates ist. Und genau das geht nicht.«

Das höchste deutsche Gericht urteilte nun am 9. Juni 2020, daß Seehofer die AfD durch die Veröffentlichung der kritischen Äußerungen auf der Internetseite seines Ministeriums in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt hat. »Die Zulässigkeit der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung endet dort, wo Werbung für oder Einflußnahme gegen einzelne im politischen Wettbewerb stehende Parteien oder Personen beginnt«, sagte der scheidende Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle bei seiner Urteilsverkündung.

Auch wenn das Urteil keine direkten Konsequenzen für den Minister hat (das Interview steht schon lange nicht mehr auf der Internetseite), ist die Entscheidung als »wichtiger Beitrag zur politischen Hygiene in Deutschland« (J. Meuthen) zu bewerten.

AfD klagte bereits in Karlsruhe in einem ganz ähnlichen Fall erfolgreich gegen die CDU: nämlich gegen die damalige Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU). Wanka hatte in der Flüchtlingskrise 2015 auf einen Demonstrationsaufruf der AfD mit der Parole »Rote Karte für Merkel!« per Ministeriums-Pressemitteilung reagiert: »Die Rote Karte sollte der AfD und nicht der Bundeskanzlerin gezeigt werden.« Wie im Falle Seehofer hatte die Ministerin »Regierungsressourcen« (Voßkuhle) benutzt, um einen Teil der Opposition zu diffamieren. ■

Gesinnungsschnüffelei bei NRW-Polizei

Noch vor Ausbruch des Anti-Rassismus-Wahnsinns nach dem Tod des US-Amerikaners George Floyd kündigte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) an, allen 50 Polizeibehörden im Lande einen Extremismusbeauftragten zu verpassen: »Der steht als Ansprechpartner bereit, falls einem Polizisten der Verdacht kommt, ein Kollege habe rechtsextreme Ansichten. Und der überprüft dann auch die Demokratietreue des Betreffenden.« Dies riecht stark nach Schnüffelei und Denunziation. Ganz böse Zungen zogen schon Vergleiche zum NS-Erlass von 1943, als sog. »Nationalsozialistische Führungsoffiziere« (NSFO) in der Wehrmacht eingeführt wurden und somit eine Verpolitisierung der Armee erfolgte.

Ende Mai begann die Ausbildung der Beauftragten gegen rechts. Reul ließ es sich nicht nehmen, die Konferenz zu eröffnen. Der Extremismusbeauftragte also entscheiden, ob Äußerungen sowie Verhaltensweisen wie etwa eigentümliche Grußformen eines Polizeibeamten als »rechtsextrem«, »verfassungsfeindlich« oder »rassistisch« zu bewerten sind. Mahnend wird dabei auf den Fall Thorsten W. verwiesen, der ein Mitarbeiter der Polizeiverwaltung in Hamm war und als Unterstützer einer angeblich rechtsterroristischen Zelle gilt, weil er den Leuten Tausende Euro gespendet haben soll. Mittlerweile wurden weitere Polizeibeamte suspendiert, da sie in Internetchats NS-affine und rassistische Ansichten geäußert haben sollen.

Stolz erklärte Reul, daß es dieses Jahr schon 15 Ermittlungsverfahren wegen rechter Umtriebe gegeben habe, während es in den vergangenen neun Jahren lediglich zehn gewesen seien. Und der Minister gab auch klar die Marschrichtung vor: Die 50 neuen Beauftragten würden »dazu führen, daß noch mehr Fälle öffentlich werden«. Die Aufgabenbeschreibung der Schnüffler lautet: Sie sollen »Verhaltensweisen von Bediensteten der Polizei erkennen, die auf extremistische Einstellungen oder Zugehörigkeit zu extremistischen Netzwerken schließen lassen«. Hinweisen sollen sie dabei »stets nachgehen«. Doch was genau als Merkmal extremistischer Gesinnung anzusehen ist, muß erst noch definiert werden.

Wie schwierig dabei die Abgrenzung ist, darauf wies Reul am Beispiel des suspendierten Hammer Polizeibeamten hin. Dieser habe etwa die *Junge Freiheit* (JF) gelesen, was einen schon hätte stutzig machen können. Der CDU-Politiker sagte allen Ernstes, es sei zwar »nicht verboten, JF zu lesen, aber die JF auf dem Tisch zu haben, das ist nicht so ganz normal«! Hier stellt sich wirklich die Frage, wer da nicht ganz normal ist, schließlich darf laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts die JF nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden! Auf besagter Tagung mahnte der Politikwissenschaftler Prof. Thomas Grumke von der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW, die Beauftragten müßten den »Extremismus vom Radikalismus absetzen«, schließlich erlaube die Verfassung es, »radikale Positionen« einzunehmen, denn auch diese gehörten »zu unserer Demokratie«! Daher solle es auch keine »statischen Kriterien« geben, sondern nur Indizien, wobei eine AfD-Mitgliedschaft durchaus ein mögliches Indiz sein könne, auch wenn die Parteimitgliedschaft derzeit »kein Grund, aus dem Staatsdienst entlassen zu werden«, sei. ■

Hanau – politisch nun schwer instrumentalisierbar

Am 19. Februar erschöß Tobias Rathjen in Hanau gezielt neun Menschen mit Migrationshintergrund. Anschließend tötete der 43 Jahre alte Attentäter seine eigene Mutter und sich selbst. Den Terroranschlag von Hanau werteten nahezu alle Vertreter der etablierten Parteien als Folge rechtsextremer Propaganda – zum Beispiel die Linke-Politikerin Martina Renner, der zufolge die AfD zur »obersten Spitze« derer gehöre, die Personen, Orte und Gruppen verbal zu Feinden erklärten. Rechte Täter würden sich als Vollstrecker sehen.

Ende März machte der Rechercheverbund von WDR, NDR und SZ Teile eines Abschlußberichts zur Tat öffentlich, an dem das BKA noch arbeite. Darin kommen die Ermittler jedoch zu einem überraschenden Schluß: Rathjen habe zwar eine rassistische Tat verübt, dominierendes Motiv sei das aber nicht gewesen, der Mörder sei auch kein Anhänger einer rechtsextremistischen Ideologie, ebenso wenig aktiv in Netzwerken rechter Kreise gewesen. Es gebe also keine Anzeichen dafür, daß er Gefolgsmann einer rechtsextremistischen Gesinnung gewesen sei. Demnach wählte der Mann, der an Paranoia gelitten habe, seine Opfer aus, um größtmögliche Aufmerksamkeit für seinen Verschwörungsmythos von der Überwachung durch einen Geheimdienst zu erlangen.

Ihre Einschätzung stützten die Ermittler dem Bericht von NDR, WDR und SZ zufolge unter anderem auch darauf, daß Rathjen keine typische rechtsextreme Radikalisierung durchlaufen habe. Er habe laut Zeugen vielmehr einem dunkelhäutigen Nachbarn mehrfach geholfen und sei in einer Fußballmannschaft gewesen, die überwiegend aus Spielern mit Migrationshintergrund bestand.

Eine schwere Pille für die, die jede Gewalttat als rechtsextrem motiviert ansehen, etwa den hessischen Landtagsabgeordneten Hermann Schaus (Linke), der die Bewertung des BKA als »nicht nachvollziehbar und verharmlosend« bezeichnete. Auf Twitter faßte er die Entrüstung von Kritikern mit den Worten zusammen: »Wer gezielt Menschen mit Migrationshintergrund ermordet und Angst und Schrecken verbreitet, ist ein Rechtsterrorist, auch wenn das BKA was anderes behauptet!«

Der Genugtuung verspürende AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland fühlte sich in der Haltung bestätigt, daß die »Altparteien« die Tat instrumentalisiert hätten. »Der Täter war kein rechtsextremer Terrorist, sondern ein geisteskranker Amokläufer«, schrieb er im Mitgliedermagazin seiner Partei.

Nichtsdestotrotz versäumen führende Politiker wie Seehofer oder Steinmeier keine Gelegenheit (zuletzt zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs), den Anschlag von Hanau als rechtsextremistisch und antisemitistisch motiviert anzuprangern. (Quelle: u.a. *Hessenschau*, 31.3.20) ■



BKA-Präsident Holger Münch widersprach sofort nach der Veröffentlichung den eigenen Ermittlern. Der vollständige Abschlußbericht ist immer noch nicht veröffentlicht worden. Sehr merkwürdig.

Kurznachrichten

Für Besatzertruppen. 75 Jahre Besatzung und Umerziehung zeitigen bei so manchen BRD-Politikern der Altparteien verheerende Folgen. Sichtbar wurde dies nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, einen Teil der 34.500 in Deutschland stationierten US-Soldaten abzuziehen, nämlich 9.500. Was bei freiheitliebenden und nach Selbstbestimmung lechzenden Menschen normalerweise auf Zustimmung stößt, ist bei Opfern der alliierten Umerziehung ein Grund zur Trauer, ja sogar zum Protest. So kritisierte der deutsche Koordinator für transatlantische Beziehungen, der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Beyer, den Entschluß Trumps wie folgt: »Dies ist inakzeptabel, zumal niemand in Washington daran gedacht hat, seine NATO-Verbündeten in Deutschland im voraus zu informieren.« Auch Außenminister Heiko Maas (SPD) bejammerte das Ansinnen des US-Präsidenten. (Quelle: *voxnews.info*)

»**Gestiegene Militanz der gewaltorientierten linksextremistischen Szene**«. Das baden-württembergische Innenministerium hat vor wachsender Gewalt in der linksextremen Szene gewarnt. »Wir beobachten seit einigen Wochen eine Mobilisierung der linksextremistischen Szene zu Protesten gegen die Querdenken-Kundgebungen in Stuttgart.« Vor allem »die Häufung der koordinierten körperlichen Übergriffe« stelle aus Sicht des Landesamtes für Verfassungsschutz »eine neue Entwicklung dar«, verdeutlichte das Ministerium. Am 23. 5. waren drei Männer, die auf dem Weg zu der Demonstration auf dem Cannstatter Wasen waren, von einer größeren Gruppe von mutmaßlichen Linksextremisten überfallen und verprügelt worden. Eines der Opfer mußte schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden, wurde ins künstliche Koma versetzt und soll sich immer noch in lebensbedrohlichem Zustand befinden. (Quelle: *Junge Freiheit*, 26.5.20)

Scurriler Vorschlag. Die evangelische Theologin Christiane Thiel aus Halle an der Saale plädierte in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* dafür, auf den Pfingstmontag, der ebenso wie der Ostermontag aus der »Feudalzeit« stammen würde, zu verzichten und dafür den jüdischen Feiertag Jom Kippur zum bundesweiten Feiertag zu machen! Sie sprach sich außerdem dafür aus, weitere christli-

Jom Kippur ist der höchste jüdische Feiertag. Nach jüdischem Kalendersystem wird er am 10. Tag des Monats Tischri begangen – als strenger Ruhe- und Fastentag. Foto: Katholische Nachrichten-Agentur.



che Feiertage abzugeben, damit die anderen Religionen auch ihren Raum bekommen und ihre Festtage »und wir die alle zusammen feiern«. Alle Menschen würden von Versöhnung leben, und das könne mit einem solchen Feiertag gut zum Ausdruck gebracht werden. (Quelle: *Bildzeitung*, 31.5.20)

Ökumenischer Kirchentag schließt AfD-Mitglieder aus. Zeigte man sich beim Katholikentag 2018 noch Gesprächsbereit und lud die AfD großmütig zu einer Podiumsdiskussion ein, wird das beim Ökumenischen Kirchentag 2021 nicht der Fall sein: Das Präsidium hat sich gegen eine Mitwirkung der AfD ausgesprochen. Daß dem Laden die Schäfchen in Scharen davonlaufen, wundert immer weniger. (Quelle: *journalistenwatch.com*, 4.6.20)

Berliner Kirche wurde im Ramadan zur Leih-Moschee. Die evangelische Martha-Kirchengemeinde in Berlin-Kreuzberg hat der Dar-Assalam-Moschee in Berlin-Neukölln ihre Kirche für ihr Freitagsgebet geliehen. Die Moscheegemeinde wird übrigens vom Verfassungsschutz beobachtet und sorgte bereits zu Beginn der Corona-Krise mit öffentlichem Muezzin-Ruf und Massenaufmärschen für Schlagzeilen. Als Begründung dienten die Distanzregeln in der Corona-Krise, in der eigenen Moschee hätte es nicht genügend Platz gegeben, da diese zu normalen Zeiten bis zu 1.500 Gläubige beherbergt; aufgrund der geltenden Maßnahmen hätten nun nur 50 zum Gebet kommen dürfen. Mainstream-Medien bejubelten das ungewöhnliche Angebot als Zeichen »kulturellen Zusammenfindens«. (Quelle: *wochenblick.at*, 1.6.20)

Hauptstadt sorgt vor. Berlin will zu den bereits existierenden 82 Flüchtlingsunterkünften acht weitere als »Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge« (MUF) für etwa 2.000 Personen bauen. Es geht um ein Kostenvolumen von mehr als 130 Millionen Euro. »Die Bauplanung orientiert sich an einem 600 Personen Zuzug im Monat«, meint Stefan Strauß, Sprecher der Sozialbehörde. Zu den neuen Standorten gehören der Murtzauer Ring in Marzahn (475 Bewohner, fertig Juni, Kosten 27,4 Mio. Euro) und die Salvador-Allende-Straße in Köpenick (459 Bewohner, fertig Juli 2021, Kosten 29,2 Mio. Euro). (Quelle: *BZ*, 25.5.20) Währenddessen verrotten Berlins Schulen mit 3,9 Milliarden Euro Sanierungsbedarf.

Kürzung von Asylbewerberleistungen verboten. Eine Kürzung der Sozialleistungen für Asylsuchende, die in einem anderen europäischen Land bereits Schutz erhalten haben, ist nicht zulässig. Das Vorenthalten von Leistungen sei verfassungsrechtlich ausgeschlossen, hat das nordrhein-westfälische Landessozialgericht am 20. Mai 2020 entschieden. Solange ein Aufenthalt in Deutschland ausländerrechtlich hingenommen werde, sei eine Einschränkung der existentiellen Bedarfsdeckung auch nicht durch das Bestehen einer Ausreisemöglichkeit gerechtfertigt. Die irakischen Antragsteller reisten zunächst nach Griechenland ein, wo ihnen internationaler Schutz gewährt wurde. 2019 reisten sie nach Deutschland ein. Ihren Asylantrag lehnte das BAMF ab. Das Land NRW reduzierte daraufhin die Leistungen nach dem AsylbLG auf Unterkunft und Verpflegung

sowie einen Geldleistungsanspruch von 24 Euro monatlich. Der hiergegen gerichtete Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz vor dem SG Detmold hatte Erfolg. (Az.: L 20 AY 20/20 B ER) (Quelle: u.a. *migazin.de*, 24.5.20)

Immer mehr abgelehnte Asylbewerber müssen nicht mehr ausreisen. Der rot-rot-grüne Berliner Senat hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst wenige der über 47.000 abgelehnten Asylbewerber abzuschieben, und nimmt die Kosten dieser Entwicklung in Kauf. Doch die Corona-Krise macht Berlin mit einem Schlag wieder zur armen Stadt. Von den 13.440 »vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern können aber 12.461 dennoch auf unbestimmte Zeit in Berlin bleiben«, schreibt Gunnar Schupelius. Ihr Aufenthalt werde geduldet, weil sie keinen Paß haben oder krank gemeldet sind oder »aus anderen Gründen«, die der Senat nicht näher erläutert. (Quelle: *bz-berlin.de*)

Schicksal von Hitlers Geburtshaus besiegelt. Vor knapp drei Jahren enteignete der österreichische Staat die Besitzerin des Geburtshauses Hitlers in Braunau am Inn. Damit wollte er vermeiden, daß das Areal zu einer Pilgerstätte für »Neonazis« wird. Das Haus soll jedoch nicht, wie ursprünglich vorgesehen, abgerissen, sondern nach einem »Ideenwettbewerb« zu einer Polizeistation umgebaut werden. »Eine Polizeistation ist die geradezu geeignetste Nutzung, denn die Polizei ist die Hüterin der Freiheitsrechte und die Partnerin der Bürgerinnen und Bürger«, meinte Österreichs Innenminister Karl Nehammer. Das Gebäude werde künftig Aufgaben wie persönliche Freiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und Versammlungsrecht »in sich tragen«. In Hitlers Geburtshaus sollen demzufolge eine Polizeiinspektion, das Bezirkspolizeikommando und ein polizeiliches Koordinationszentrum untergebracht werden. (Quelle: *Der Standard*, 1.6.20)



Volkswagen-Werbung für den »neuen Golf« sorgt für Aufmerksamkeit. In dem Video ist ein kleiner schwarzer Mann zu sehen, der von zwei überdimensionalen weißen Händen hin- und her geschubst wird. Am Ende schnipst eine weiße Hand den Mann in ein Café namens »Petit Colon«. Die französische Bezeichnung wurde sofort als Anspielung auf den Kolonialismus verstanden. Hinzu kommt aber die Verwendung des »ominösen rassistischen« N-Wortes «: Gegen Ende des Clips wird sukzessive der Schriftzug »Der neue Golf« einge-

Nach entsetzten Reaktionen auf ein Werbevideo für den neuen VW Golf hat sich nun auch die verantwortliche Agentur entschuldigt. VW teilte seinerseits mit, daß das Eklat vorerst keine personellen Konsequenzen nach sich ziehen werde, da ein rassistisches Motiv weder bei der Erstellung noch bei der Freigabe des Spots festgestellt worden sei.

blendet. Dabei sind an einer Stelle die Buchstaben »ER«, »NE«, »G« zu sehen. Aufgrund der Art der Einblendung und Plazierung auf dem Bildschirm lassen sie sich in unterschiedlicher Reihenfolge lesen und ohne große Kombinationskunst als »N-Wort« interpretiert werden. Ein Sturm der Empörung zwang den Konzern, den Werbespot »voller rassistischer Anspielungen« umgehend zu löschen. (Quelle: u.a. *taz*, 22.5.20)

Blauer Antirassismus. Die mit der FPÖ befreundete Organisation ›Freier Schüler-ring‹ (FSR) gibt sich in der Steiermark besonders gutmenschlich. So forderte der steirische FSR-Obmann Manuel Paschek unlängst in einer Aussendung: »Kein Platz für Extremismus! Vorträge und Workshops gegen Islamismus, Rechts- und Links-extremismus!« Die sog. »neutrale Aufklärung« – wie er sie verlangt – soll »im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführt werden«. Mit seiner ideologischen Geisterfahrt vertrieb das blaue Milchgesicht bereits mehrere Landesvorstandsmitglieder, wobei einer nach einer Hetzkampagne des politischen Gegners aus dem Vorstand gedrängt, einer wegen eines angeblich falschen Geschichtsbildes ausgeschlossen und ein weiterer Vorständler einem Ausschluß durch Austritt zuvorkam. Diese rechten Recken störten nämlich Paschek in seinem Bestreben, den FSR in die Mitte zu rücken und sich dadurch den Linken anzubiedern, mit denen er dann in Sachfragen zusammenarbeiten will. Am 11. Juli wird der steirische FSR-Vorstand neu gewählt. Ob Paschek sich halten kann? (Quelle: *FSR*)

Wort »Rasse« streichen? Geht es nach den Grünen, soll Art. 3 des Grundgesetzes verändert werden, und zwar indem der Begriff »Rasse« gestrichen werden soll. Bekanntlich darf nach diesem Artikel niemand »wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache (...) benachteiligt oder bevorzugt werden.« Vorkämpfer dafür sind der antideutsche Grünenchef Bobby Habeck und die aus Mali stammende Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Aminata Touré. Diese trommelten in einem Gastbeitrag der ultralinken Tageszeitung *taz* für dieses Ansinnen. Die absurde Begründung der beiden lautete, besagter Begriff manifestiere eine Unterteilung von Menschen in Kategorien, die dem Anspruch und Geiste des Grundgesetzes widerspreche. Und sie fügten hinzu: »Es gibt keine ›Rassen‹. Es gibt Menschen.« Mittlerweile sprangen auf diesen Zug auch SPD, Linke und FDP (will dafür »ethnische Herkunft«) auf, wobei sich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gesprächsbereit zeigt. Eine Sprecherin des Justizministeriums erklärte allen Ernstes zu Art. 3 Grundgesetz und dem darin vorkommenden Wort »Rasse«: »Der Begriff macht ganz klar keine Aussage zur Existenz verschiedener menschlicher Rassen.« (Quelle: *tageschau.de*)

Ein Schlag gegen die Rassenleugner. Im September 2019 veröffentlichte die Deutsche Zoologische Gesellschaft öffentlichkeitswirksam ihre »Jenaer Erklärung«. Darin heißt es: »Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung.« Bereits seit Jahrzehnten erklingt in der westlichen Welt scheinbar einstimmig die Forderung, den Rassenbegriff überhaupt nicht mehr



auf Menschen anzuwenden und selbst aus altehrwürdigen Verfassungstexten zu tilgen. Es gebe also keine Rassen – das wird nun sogar im Zuge der Rassenunruhen in den USA wieder und wieder behauptet! Dabei weiß in Wahrheit jeder Mensch, was Rassen sind, und kann sie mit dem bloßen Auge problemlos erkennen. Wie konnte sich dieses Dogma, es gäbe keine Rassen, verfestigen und durchsetzen? Der Anthropologe Andreas Vonderach, der sich in den letzten Jahren mit hervorragenden Schriften (u.a. *Die deutschen Regionalcharaktere*; *Völkerpsychologie: Was uns unterscheidet*) ausgezeichnet hat, beleuchtet in seiner mutigen Neuerscheinung *Die Dekonstruktion der Rasse* die Herkunft der ›Rassenleugner‹, ihre allmähliche

Durchsetzung im westlichen Geistesleben und die gravierenden Folgen für Forschungsfreiheit und wissenschaftlichen Diskurs. (Quelle: u.a. *Ares-Verlag*)

Andreas Vonderach: ***Die Dekonstruktion der Rasse***, 112 S., br. 14 Euro

Keine Mohrenköpfe mehr. Der Wahnsinn rund um den Tod des polizeibekanntesten schwarzen George Floyd erfaßte auch die Schweiz. Dort vertrieb die Zürcher Migros-Genossenschaft in zwei Filialen die Dubler »Mohrenköpfe«. Nach Protesten linker Gutmenschen gegen die mit schwarzer Schokolade überzogenen schmackhaften Schaumkugeln reagierte der Konzern wie folgt: »Unter den aktuellen Entwicklungen verstehen wir, daß dieses Produkt als provozierend empfunden werden kann. Darum haben wir diese Süßware umgehend aus dem Sortiment genommen.« In Österreich werden die Negerküsse seit geraumer Zeit »Schwedenbomben« genannt, was nicht als diskriminierend angesehen wird. (Quelle: *Tagblatt*)

Acht Jahre Haft. Am Landesgericht Wels (Oberösterreich) stand Mitte Juni ein 57jähriger Mann vor den Geschworenen, dem vorgeworfen wurde, er habe gegenüber Gericht und Polizei erklärt, er gehöre dem nach wie vor bestehenden Deutschen Reich an und sei dessen »provisorischer Stellvertreter für die Ostmark«. Ferner soll er in Kommentaren im Internet u. a. Adolf Hitler verherrlicht und gegen Juden polemisiert haben. Angeklagt war er nach dem berüchtigten § 3 NS-Verbotsgesetz (VG), und zwar nach den Buchstaben d und g. Dieses Gesetz wurde am 8. Mai 1945 erlassen, besteht heute in der novellierten Fassung des Jahres 1947 und sieht Strafen zwischen einem Jahr und bis zu 20 Jahren bzw. lebenslang vor. Die acht Geschworenen, die allein – und damit ohne die drei Berufsrichter – über die Schuld des Angeklagten zu entscheiden hatten, erkannten einstimmig (8:0) auf schuldig. Doch bei der Strafzumessung mußten sie zusammen mit den Berufsrichtern entscheiden. Der Angeklagte wurde gemäß §§ 3d und g VG zu acht (sic!) Jahren Freiheitsstrafe verurteilt sowie – auf der Grundlage eines Gutachtens der Psychiaterin Adelheid Kastner – in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (Quelle: *orf.at*)

Bestellungen bitte an das Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik (siehe S. 24)

Wichtige Neuerscheinungen!

Thor Kunkel · **Das Wörterbuch der Lügenpresse**



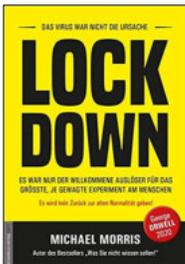
Der Bestsellerautor Thor Kunkel erklärt anhand von circa 300 teils illustrierten Beispielen, wie Begriffsumdeutungen den gesunden Menschenverstand ausschalten sollen. Durch Sprachregelungen errichtet eine gleichgesinnte Obrigkeit aus Politikern und Journalisten immer neue moralische Denkblockaden, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Realitäten verhindern sollen. Sprache als Werkzeug der Repression und Gedankenkontrolle. Denn was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht artikuliert werden. Dieses Buch ist auch eine Einladung an alle, sich aktiv der Infantilisierung ihrer Sprache – und ihres Denkens – zu widersetzen (383 S., geb. € 22.99)

Helmut J. Fischer · **Im Geheimdienst der NSDAP**



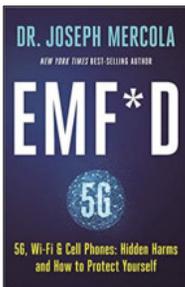
Anfang 1944 wurde der Autor in die Zentrale des SD im Reichssicherheitshauptamt versetzt. Vor dem Hintergrund des Kriegsverlaufs beschäftigte sich der SD nun auch mit wehrtechnischen Fragen und gab operative Hilfestellung bei Personalfragen und bei der Organisation von militärischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Dabei war der Autor als Mathematiker und Physiker führend tätig und erhielt Einblick in den gesamten Rüstungssektor einschließlich der Entwicklung der sog. Wunderwaffen. Der Autor korrigiert die immer noch anzutreffende Vorstellung von einem ›totalen Führerstaat‹ und macht deutlich, wie facettenreich die ›pluralistische‹ Gesellschaft im Dritten Reich ausgebildet war. (320 S., geb., Abb, € 25.95)

Michael Morris · **Lockdown**



Das Virus war nicht die Ursache. Es war nur der willkommene Auslöser für das größte je gewagte Experiment am Menschen. Der Bestseller-Autor ist sich sicher: Der vermutlich umfangreichste und folgenschwerste System- und Finanzcrash aller Zeiten war von langer Hand vorbereitet und macht eine Rückkehr zur alten Normalität unmöglich. Hier beantwortet er im einzelnen die entscheidende Frage: Wie wird unser neues Leben aussehen? (300 S., Pb. € 21.-)

Joseph Mercola · **EMF. Elektromagnetische Felder**



Der Begriff ›Elektrosmog‹ klang lange Zeit wie ein Begriff aus der Science-Fiction, doch leider wissen wir jetzt, daß die Gefahren, die von Elektrizität und Mobilfunk ausgehen, völlig real und mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G größer denn je geworden sind. Dr. Joseph Mercola, einer der weltweit führenden Experten in Sachen Alternativmedizin, hat sich tief in die Materie eingearbeitet und eröffnet in diesem Buch ein völlig neues Verständnis davon, wie sich elektromagnetische Felder auf Körper und Geist auswirken. Dieser Ratgeber ist der erste seiner Art! (367 S., geb. € 22.99)

Personen

Barbara Borchardt



Bei der Wahl zur Verfassungsrichterin im Schweriner Landtag am 15. Mai 2020 erreichte Barbara Borchardt erst im zweiten Durchgang mit Hilfe von Stimmen aus den Reihen der CDU und SPD die nötige Zweidrittelmehrheit. Diese Wahl wurde bundesweit heftigst kritisiert, weil die frühere SED- und PDS-Politikerin in der Organisation ›Antikapitalistische Linke‹ tätig ist, die vom Verfassungsschutz auf Bundesebene als linksextrem eingestuft und beobachtet wird. Ihre Mitgliedschaft zu dieser Organisation, die sie seinerzeit mitbegründet hatte, sehe sie nicht als Widerspruch zu ihrem Amt als Verfassungsrichterin. In einem Bericht vom 29.5.20 zeigt die *Bild-Zeitung* eine bei einer Demo der Antifa Schwerin entstandene Aufnahme mit

der Bildlegende: »Zwischen Antifa-Flagge und roten Kampfpapieren steht sie in der ersten Reihe mit gewaltbereiten Linksradiكالen. Ein Banner-Motto lautet: ›Nazis gibt's in jeder Stadt, bildet Banden, macht sie platt!‹«

In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 28. Mai 2020 verhöhnkte Borchardt die Opfer der DDR-Diktatur. Daß an der Mauer Hunderte DDR-Flüchtlinge erschossen worden sind, relativierte die Diplom-Juristin darin mit den Worten: »Es gab Mauertote auf beiden Seiten, es sind auch Grenzsoldaten erschossen worden.« Für sie sei die DDR kein Unrechtsstaat gewesen. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft nannte ihre Berufung ins Landesverfassungsgericht eine »Schande«.

Während Borchardts Partei Die LINKE von »Stimmungsmache« spricht, hat die AfD Mecklenburg-Vorpommern angekündigt, mit einem Dringlichkeitsantrag ein Ausscheiden der umstrittenen Landesverfassungsrichterin aus dem Verfassungsgericht erwirken zu wollen. »Der Fall Borchard ist ein Lehrstück über die Bundesrepublik im Jahr 30 nach dem Mauerfall«, befindet die Zeitschrift *Cicero*.

Doch ein Einzelfall? Mitnichten. Einen ebenso krassen Fall vermeldet Hamburg, wo die Verfassungsrichterin Cornelia Ganten-Lange mit Bezügen zu Gruppen (u.a. ›Rote Hilfe‹ und ›Rote Flora‹) amtiert, die als ›linksextremistisch‹ eingestuft sind. Sie ist Asylrechtsanwältin und hat sich als Rechtsbeistand für linke Gruppen und insbesondere für Anhänger der in Deutschland verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) einen Namen gemacht. Bemerkenswerterweise wurde Ganten-Lange auch mit Stimmen der CDU gewählt.

Unterdessen herrscht in Hamburg Aufregung über eine Personalie der Grünen. Deren Vorsitzende Anna Gallina soll demnächst Justizsenatorin werden, obwohl sie keine Juristin ist! Auch innerhalb der Grünen gebe es Kritik an diesem Schritt, berichtete die *Hamburger Morgenpost*. Allerdings erfülle die Partei mit Gallina als Senatorin die selbst auferlegte Frauenquote. (Quelle: *Junge Freiheit*, 2.6.20)

Horst Seehofer

Vom einstigen konservativen bayerischen Ministerpräsidenten mutierte Horst Seehofer in den vergangenen Jahren zum willigen Büttel der Interessen von Angela Merkel und ihres sozialdemokratischen Anhängsels innerhalb der sog. ›großen Koalition‹. Ist es schon Alterssenilität des im 71. Lebensjahr stehenden CSU-Politikers oder einfach nur purer Opportunismus, daß dieser mittlerweile zum EU-Musterschüler in puncto Aufnahme von (angeblich) minderjährigen Asylheischenden aus dem Nahen und Mittleren Osten bzw. Nordafrika wurde? So sagte Seehofer im Juni Italien und Malta zu, erneut sog. ›Bootsflüchtlinge‹, also illegal in die EU eingedrungene Nichteuropäer, aufzunehmen. Diesmal ist von 400 die Rede, wobei es »behandlungsbedürftige Kinder und deren Familien« seien. Einige müßten »dringend behandelt« werden. Seehofer will die »Kinder« auf jeden Fall nicht ohne Geschwister und Elternteile hereinholen und entschuldigte sich dafür, daß es in den letzten Monaten keine geregelte Aufnahme Fremder gab: »Die Tatsache, daß es eine Delle gab, liegt schlicht und einfach an der Corona-Entwicklung.« Auf eine Altersfeststellung der (angeblich) Minderjährigen wird in der BRD stets verzichtet. (Quelle: *tagesschau.de*)

Jörg Bernig

Jörg Bernig, geboren 1964, ist Lyriker, Romancier und Essayist und gehört u. a. der Bayerischen Akademie der Schönen Künste an. Für seinen ersten Roman *Dahinter die Stille* aus dem Jahre 1999 erhielt er den Förderpreis zum Friedrich-Hölderlin-Preis 2000. Der promovierte sächsische Schriftsteller, der 1989 an den Leipziger Montagsdemonstrationen teilnahm, ist am 20. Mai 2020 zum Kulturamtsleiter in Radebeul gewählt worden – offenbar mit Stimmen der CDU- und AfD-Stadträte. Positive, aber auch vielfach negative Wortmeldungen aus Sachsen und ganz Deutschland löste die Wahl aus. Bernig, der sich ab und wann kritisch zur deutschen Innenpolitik, vor allem in bezug auf die Migration und den Islam, äußert – und das ist wohl sein gutes Recht –, gilt bei den ›Mainstream-Medien‹, etwa der *Süddeutschen Zeitung*, als »neurechter Denker«. Daß er im Juni 1919 für die von Götz Kubitschek geleitete Zeitschrift *Sezession* den Beitrag »Revoltierende Resteverwerter« beisteuerte, war für Bernigs Widersacher ein willkommenes Anlaß, gegen ihn eine üble, konzertierte Schmutzkampagne zu starten. Und diese trug sehr schnell erste Früchte: Radebeuls parteiloser Oberbürgermeister Bert Wendsche legte fünf Tage nach der Wahl sein Veto gegen den Stadtratsbeschluß ein. Er begründete das mit »Nachteiligkeit für die Stadt. . . Die durch den Beschluß bereits jetzt schon deutlich spürbare Polarisierung wirkt sich aus meiner Sicht negativ und nachteilig für die Stadt aus. Die Verantwortung liegt nun wieder dort, wo sie hingehört, beim Stadtrat.« Man darf auf den Ausgang gespannt sein.

Man erinnere sich an den Fall Stefan Jagsch (NPD), der Anfang September 2019 in Altenstadt in der Wetterau zum Ortsvorsteher gewählt wurde. Ihn hatten auch Politiker von SPD und CDU und Parteilose auf der Liste der FDP gewählt. Da die Wahl international für Empörung sorgte, mußte Jagsch sein Amt als Ortsvorsteher wieder abgeben. So einfach geht das.



Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Adresseänderung! Wie oben ersichtlich, hat sich die postalische Adresse des Sekretariats (wegen Gemeindefusion) geändert mit neuer Postleitzahl und neuem Ortsnamen: 34399 Wesertal; Straßename und Hausnummer bleiben dagegen unverändert.

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in ›gute Hände‹ geben. – In einigen Beiträgen weisen wir auf besonders leistungswerte Bucherscheinungen hin. Bei Interesse Bestellungen bitte an das Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik richten! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Mindestens fünf Aufenthalte im Gefängnis

Die Hysterie um den Mord an **George Floyd** nimmt ernsthafte Ausmaße an. Von den etablierten Massenmedien weitgehend verschwiegen werden indes die kriminelle Vergangenheit und das beträchtliche Vorstrafenregister des Afroamerikaners. Dieser kam regelmäßig mit dem Gesetz in Konflikt, und zwar nicht nur aufgrund von Bagatelldelikten. Dazu berichtete die renommierte britische BBC am 31. Mai 2020, daß Floyds Leben nach einem abgebrochenen Studienjahr in Kingsville, Texas, »eine andere Wendung nahm mit Verhaftungen wegen Diebstahls und Drogenbesitzes, die 2007 in einem bewaffneten Raubüberfall gipfelten, für den er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde«. Einige Medien berichten sogar, daß es sich bei dem bewaffneten Raubüberfall um eine sogenannte ›Home invasion‹ gehandelt hat.

Candace Owens, eine konservative US-amerikanische Aktivistin, hat in einem Video erklärt, warum sie sich weigert, George Floyd als Märtyrer für die afroamerikanische Gemeinschaft zu akzeptieren. Er sei auch kein Held.

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

Konto für Beiträge
und Spenden:

IBAN: DE 0861 2901 2003 9361 2007

Beilagenhinweis:

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal